

---

# FORUM: Solidarität in einer entsolidarisierten Gesellschaft

---

Sven Papcke:  
Solidarität oder Sankt-Florians-Prinzip?

---

Prof. Dr. Sven Papcke, geb. 1939 in Hamburg, Studium der Geschichte und Soziologie in Hamburg und London, lehrt Soziologie an der Universität Münster

„Daß Ideale in der wirklichen Welt sich nicht darstellen lassen, wissen wir... Wir behaupten nur, daß nach ihnen die Wirklichkeit beurteilt... werden müsse.“<sup>1</sup>

Auch eher unfreundliche Beobachter hielten die Kundgebungen des DGB gegen Sozialabbau und für mehr Gerechtigkeit am 16. Juni und 7. September 1996 in Bonn und anderswo für einen „bemerkenswerten Aufzug der Menge“.<sup>2</sup> An den Rollenproblemen der Gewerkschaften jedoch ändert sich durch solche Demonstrationen wenig. Mitgliederschwund, Finanznöte, jugendliche Abkehr oder Akzeptanz Zweifel untergraben heute ihre historisch gewachsene Legitimität. Die Arbeitswelt wandelt sich rasch und der Lebenswelt gehen die gemeinsamen Bezüge verloren. Entsprechende Orientierungsprobleme und Zielsetzungsschwierigkeiten werden auch durch wiederholte Bäder in der Menge kaum verschwinden. Welche Rolle soll, welche Funktion kann die Gewerkschaft übernehmen in einer „multikulturellen Dienstleistungsgesellschaft vieler Singles“ (Statistisches Bundesamt), deren Bindungsschwäche ins Auge fällt? Mit Politik, Verbänden oder Ehrenämtern, mit dem Generationenvertrag und überkommenen Sekundärtugenden haben die Zeitgenossen wenig im Sinn, das vorhandene Sozialkapital schrumpft.

Unter diesem Disengagement müssen die Gewerkschaften besonders leiden. Was können sie tun? Überleben sie, wenn sie bei der Bewältigung der Dritten Industriellen Revolution globalen Ausmaßes, die über die Epoche hinwegfegt, den „Juniorpartner“ der Unternehmen spielen? Können sie sich als organisierte „Stärke der Schwachen“ (Marx) darauf versteifen, ihre Daseinsberechtigung in Lohnkonflikten zu beweisen? Bestehen sie weiterhin als berufene „Rote-Kreuz-Station“ hinter den arbeitsweltlichen Umbaufronten, um die Verzerrungen, Härten und Spätschäden der Marktevolution durch Nachbesserungen, Schutzgewähr oder Umverteilungen abzufedern? Können sie vielleicht all diese Aufgaben und Erwartungen zugleich bedienen?

---

<sup>1</sup> Johann Gottlieb Fichte, Über die Bestimmung des Gelehrten. Leipzig o. X. (1794), S. 6.

<sup>2</sup> Rainer Hank, Bündnis und Protest, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 6. 1996, S. 1; Reimar Bage, Umbau ist nötig, Westfälische Nachrichten vom 9. 9. 1996, S. 1.

Fragen über Fragen - seit einiger Zeit sinnen die Gewerkschaften daher über eine Aktualisierung ihres Programms aus dem Jahr 1981 nach. Herausgekommen ist ein bemerkenswert innovativer Text<sup>3</sup>, der die Balance zu halten versucht zwischen Tradition und Gegenwart. Er findet gleichwohl mehr Kritik<sup>4</sup> als Zustimmung, nicht zuletzt in den eigenen Reihen. Aber Konzepte aus einem Guß kann es nicht geben, nachdem keine einheitliche Klientel mehr vorhanden ist mit gleichen Bedürfnissen, die es zu vertreten gilt. Die Entfernung zwischen Lebens- und Arbeitswelt sowie die Auffächerung ihrer Anforderungs- und Verhaltensprofile bedingen den programmatischen Spagat. Außer Grobzielen wie mehr Chancengleichheit, Freiheitlichkeit, Toleranz etc. beziehungsweise der Verhinderung von Lageverschlechterungen lassen sich nurmehr Selbstverwirklichungsbedürfnisse ausmachen und Interessendifferenzen ansprechen.

Einwände gegen das neue Programm sind gleichwohl angebracht, nicht zuletzt mit Blick auf gewisse Denktraditionen, die als Quasi-Selbstverständlichkeiten in den Entwurf eingeflossen sind. Das überlieferte Leitmotiv des Klassenkampfes klingt zwar kaum mehr an, und wer die „Gegenmachtsidee“ verwirft, verkennt die praktischen (Streikkompetenz) wie medialen (Dramaturgisierung) Quellen gewerkschaftlicher Macht, die auch in Zukunft für die Regelung industrieller Konflikte ebenso ausschlaggebend sein dürften wie für die Verteilungsverhältnisse im Lande. Aber obgleich sich die Gewerkschaften ebenso nüchtern wie zutreffend als „Interessenvertreter“ der Arbeitnehmerschaft definieren, durchziehen Widersprüche in der Zwecksetzung<sup>5</sup> die Seiten des Programms. Zudem wird als Organisationsrechtfertigung von vornherein unterstellt, was durch eigenes Handeln erst zu begründen wäre. Zwar ist „das Ideelle“ mehr als „das im Menschenkopf (...) übersetzte Materielle“.<sup>5a</sup> Gleichwohl spiegeln die großzügig verwendeten Wertfelder, als da sind „gerecht“, „gleich“, „sozial“ etc., nicht nur, aber auch Gruppen- und/oder Organisationsinteressen. Bei aller positiven Konnotation, die diese Appelle auch verfassungsrechtlich besitzen, sind sie als Abgrenzungs- und Sammlungslosungen eines Interessenverbandes weder mit „sozialer Vernunft“ deckungsgleich<sup>6</sup> noch können sie umstandslos etwa gegenüber dem verworfenen „Marktradikalismus“ mitsamt seiner „postmateriellen“ Imprägnierung der Zeitläufte als höherwertige und damit irgendwie per se selbstverständliche Ziele für alle Beteiligten vorausgesetzt werden.

Besonders deutlich wird diese Unterstellung bei dem in vielerlei Verbindung verwendeten Wortfeld solidarisch/Solidarität. Dieser aus der

3 Stark durch Wandel Düsseldorf März 1996, 34 Seiten.

4 Diskussionen sind Voraussetzung von Akzeptanz, jedenfalls wenn Realismus bei den Mitdiskutanten im Spiel ist statt Ideologie. Etwa „antikapitalistische“ Positionen, die nicht angeben (können), mit wem diese Politik geführt werden soll und wohin (Alternative) sie zielt, wirken trotz möglicher Rückhalte in der Organisation esoterisch.

5 So herrscht beispielsweise eine Spannung zwischen Selbstbestimmung und Kollektiverantwortlichkeit, die weder begriffen noch aufgelöst wird, indem letztere umstandslos als Vorausbedingung für erstere gilt.

5a Marx-Engels-Werke, Bd. 23, S. 27.

6 A priori jedenfalls lassen sich Interessen nicht mit guten Gründen gleichsetzen.

Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts hervorgegangene Begriff bezeichnet einen „gefühlsbetonten Akt der Einsicht in die gemeinsame Sache“.<sup>7</sup> Obschon der DGB ausdrücklich betont, daß dieses Verhalten „keine Selbstverständlichkeit mehr ist“, sondern als „Ergebnis von Einsicht... geweckt und verstärkt werden muß“, verläßt sich der Text ideologisch/ unbewußt dann doch nicht nur auf die Existenz<sup>8</sup>, sondern auf eine unterstellte Präferenz egalitärer Werte und Verhaltensstile. Die allerdings gilt es heutigentags im Sozialleben erst wieder zu begründen und gegen Individualismus, Marktwirken oder Sparmaßnahmen hochzuhalten.

#### Kollektivbenommenheit?

Die Kulturgeschichte kennt das Phänomen der *verrufenen Dichter*, aber auch wissenschaftliche Werke wollen nicht immer in die Rezeptionsschubladen der Nachwelt passen. Man denke an Max Stirner, den nach wie vor mißverstandenen Vordenker unserer Individualmoderne. Oder an Max Weber, der als Bismarck der Sozialwissenschaften zwar anerkannt ist, mit dieser oder jener Schrift jedoch nicht nur Zustimmung geerntet hat. Vor allem seine „Freiburger Antrittsrede“<sup>9</sup> gilt als Sündenfall, nicht nur weil der Gelehrte vom „Chaos ökonomischer Interessenkonflikte“<sup>10</sup> auf außenwirtschaftliche Spannungen geschlossen hatte. Oder weil er befürchtete, eine „Multikulturalisierung“ durch Zuwanderungen in Ostdeutschland könne zu erheblichen Spannungen in der Region führen. Zudem stritt Weber an gegen den „weichen Eudämonismus“ der landständigen Gesellschaftspolitik, wie er ihn seinerzeit theoretisch im volkstümlich gestimmten Gerechtigkeitsbegriff des „Vereins für Socialpolitik“ (1872) vertreten fand. Ihm galt solche - bei allen sonstigen Unterschieden - von Sozialdemokratie wie Sozialkonservatismus gleichermaßen betriebene, hochbürokratisierte Von-der-Wiege-bis-zur-Bahre-Unterstützungskonzeption gleich in mehrfacher Hinsicht als falsch. Weber wollte Sozialpolitik auf Hilfe zur Selbsthilfe bedürftiger Menschen/Gruppen beschränkt wissen. Der „offizielle“ Ansatz hingegen bevormunde die Menschen als „Objekte“ (Arbeitnehmer) der Sozialstaatspolitik. Er bremse langfristig die Demokratisierung der Verhältnisse und erschwere es den Bürgern, ihre Daseinsfürsorge selbstverantwortlich, mithin möglichst unabhängig von Staat, Verbänden oder Kollektiven zu betreiben. Durch eine Vollkorporativierung auch des Marktgeschehens (Zwangsversicherungs-

---

7 Solidarität erfordert „starke interne soziale Kontrolle aller Mitglieder des Kollektivs“. Sie kann daher nicht nur zu einer „innovationshemmenden, sich (...) jeder Änderung verschließenden Trotzhaltung“ werden, sondern zudem „Alibifunktionen“ erfüllen, Helmut Schoeck: Soziologisches Wörterbuch. Freiburg u. a. 1971, 8.296.

8 Frei nach: „Solidarität bedeutet einen Zustand, in dem eine Vielheit sich als Einheit verhält“. Wobei Alfred Vierkandt einschränkt, daß „dem solidarischen Verhalten eine Gesinnung der Gemeinschaft“ unterliegt, die gerade keine Interessenvereinigung“ meint, vgl. Wörterbuch der Soziologie, hrsg. von Wilhelm Bemsdorf, Stuttgart<sup>2</sup>1969, S. 944.

9 Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftslehre (1895). Gesammelte Politische Schriften. München 1921, S. 7 ff.

10 Womit Max Weber übrigens nichts anderes ventilierte als eine „bürgerliche“ Variante der Imperialismustheorie der zeitgenössischen Linken.

wesen, Regulierungen, Staatszuständigkeiten) hemme er längerfristig überdies die wirtschaftliche Innovation und damit die Wettbewerbskräfte.

Damit widersprach der von Max Weber vertretene „Marktnaturalismus“, den er als Wandermotor (Innovationsdruck) und Effizienzkontrolle (Motivation) ansah, dem hierzulande links wie im konservativen Lager gleichermaßen hofierten Ordnungsverständnis, das vor dem Hintergrund einer „policy- wie wohlfahrtsstaatlichen“ Tradition eher von Vollregulierung und Kollektivsicherungen ausging als von Eigenständigkeit und Selbstvorsorge. Diese Form der Zwangsversicherung hatte Vorteile, vor allem, solange das Einkommen der großen Masse schwerlich ausreichte, um eine Eigenvor- und -fürsorge zu ermöglichen. Insofern gestaltete sich der Übergang zum Industrialismus in Deutschland weicher als etwa in Großbritannien. Jene „universelle Herrschaft *absoluter* Skrupellosigkeit“, die Weber<sup>11</sup> mit Marktgesellschaft assoziierte, war erst durch Sicherungshilfen und dann durch Dauerumverteilungen von Produktivitätszuwächsen zu ertragen. Zudem wurde jenes mit der Fabrikmoderne heraufgezogene Widerspruchspotential der benachteiligten Schichten, das noch das 19. Jahrhundert derart beunruhigt hatte, durch Machtbeteiligungen und Zugewinnmaßnahmen gebändigt.

Dieses Versorgungs- als Staatszwecksetzungsmodell, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Form der „sozialen Marktwirtschaft“ seine Karriere fortsetzte, blieb zwar nicht ohne historische Schattenseiten, weil unsere „genossenschaftliche Gestimmtheit“ (Gierke) zugunsten von Gleichheit<sup>12</sup> mit Freiheitlichkeit eher wenig im Sinne hatte, was das Land anfällig machte für gemeinschaftliche Schalmeienklänge von rechts oder links. Gleichwohl war dieses nach dem „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit auch international bewunderte Konzept als „rhenanischer Kapitalismus“ (Albert) ökonomisch lange Zeit konkurrenzfähig. Und zudem fiel es lebensweltlich angenehmer aus als die Zustände bei den angelsächsischen, japanischen oder sonstigen Marktmitbewerbern, werden doch mittlerweile große Bevölkerungsgruppen hierzulande nicht mehr nach Leistung bezahlt, sondern nach Bedürftigkeit. Das entspricht zwar Forderungen des „Gothaer Programms“ (1875) der späteren SPD, ist jedoch nicht länger zu finanzieren, da sich das Ausmaß der Umverteilung endgültig abgelöst zu haben scheint von der Einsicht oder dem guten Willen der Steuerzahler sowie von der durch den Staat<sup>13</sup> aus dem Wirtschaftskreislauf abschöpfbaren Finanzierungskapazität.

### Auflösungen

Auslöser dieser Grenzerfahrung, die inzwischen das „OLI-Paradigma“<sup>14</sup> aufzulösen scheint, sind Wandelprozesse, die sich bei bestem Willen durch

11 Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus (1904), in: Die protestantische Ethik. Eine Aufsatzsammlung, München/Hamburg 1965. S. 47.

12 Was tendenziell weiter zutrifft, vgl. Renate Köcher (Der Freiheit entwöhnt, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 3.1996. S. 5) zu AUensbach-Erhebungen über das Freiheitsbedürfnis in Gesamtdeutschland.

13 Jedenfalls nicht, ohne (weitere) Standortverschlechterungen zu bedingen.

14 Wonach eine wirtschaftspraktische Dialektik (ownership-location-internalisation) zwischen Zugehörigkeit und Investitionspräferenzen besteht.

Staatshandeln regional und/oder interventionistisch nicht kontrollieren oder gar steuern lassen. Denn im Rahmen einer neuen „Internationalwirtschaft“ herrscht offener Wettbewerb zwischen Produktions-, Investitions- und Sozialstandorten. Hervorgerufen wurde diese Konkurrenzverschärfung *erstens* durch die Aufhebung der politisch (Kalter Krieg) beziehungsweise handelsstrategisch bedingten Abschottungen der „Volkswirtschaften“ nach dem Ende des Sowjetismus; *zweitens* durch die kommunikationstechnologisch fast unbegrenzte Mobilität von Kapital und Informationen sowie *drittens* im Kontext einer sich beschleunigenden Globalisierung auch von Arbeit und Dienstleistungen. Vor den arbeitsmarkt- oder einkommenspolitischen Störfolgen einer vernetzten Weltwirtschaft aber können die Einzelstaaten ihre Bewohner nicht länger schützen. Sie geraten vielmehr im Interesse der Erfolgsmöglichkeit ihrer Wirtschaftsräume selbst zu deren Dynamisierungsagenten. Da die vielen/neuen Mitbewerber um Weltmarktanteile keinen Wohlfahrtsstaat zu finanzieren haben, geraten sozialpolitisch anspruchsvollere Versorgungsniveaus unversehens zum Standortnachteil. Sie schmälern als Kostenfaktor die Wettbewerbsfähigkeit. Und durch überkommene (Fürsorgeansprüche) beziehungsweise in den Wohlstandsjahren angewöhnte (Fleißverlust) Handicaps können sie im überregionalen Ringen um Arbeitsplätze/Investitionen/Innovationen etc. noch dadurch zurückgeworfen werden, daß die sozialgeschützte Arbeitskraft nicht mehr hinreichend mobil beziehungsweise genügend produktiv ist.

Diese Konsensgesellschaft, nicht zuletzt vom sozialpolitisch-solidarischen Streben nach Chancengleichheit inspiriert, war ganz im Sinne älterer kulturbeziehungsweise kapitalismuskritischer Werthaltungen gleichermaßen das Ziel von Politik und Verbänden. Die Annehmlichkeiten dieses zivilen Miteinanders stehen heute allerdings nicht nur darum zur Diskussion, weil sie aus Geldknappheit kaum mehr zu unterhalten sind. Sie kollidieren immer häufiger mit dem Zeitgeist, der im „globalen Dorf“ Fuß gefaßt hat. Ein Nebeneinanderher von Singles möchte im Kontext von Wohlstands-, Erlebnis- und Optionenvermehrung seine Bedürfnisse ausleben. Kollektive oder gar altruistische Traditionen/Motive/Rücksichtnahmen stoßen auf Unverständnis oder Ablehnung. Die sozialen Räume, Klassen, Schichten oder gar Milieus befinden sich in Auflösung. Ihre überlieferten Interessenverbände sind von Mitgliederschwund bedroht und gemahnen mittlerweile - wie die Gewerkschaften - eher an einen ADAC der Arbeitsplatzbesitzer denn an Gemeinwohlagenturen. Überdies verflüchtigt sich der legitimatorische Ideenrohstoff (Chancengleichheit) aller Umverteilungsinitiativen in einer Mitwelt, die trotz Mahnungen der „Kommunitarier“, trotz Arbeitslosenarmutsrutsche oder in den Medien angekündigter neuer Großnotlagen mehr der Lebensstildifferenz und ihren Kämpfen um Distinktion und Anerkennung verpflichtet ist als den „common dreams“ (Gitlin) und deren gesellschaftspolitischen Vereinheitlichungstendenzen.

### Wohltat wird Plage

Der sozialpolitische „nanny state“ (Behüterstaat) hat den Zenit seit längerem überschritten. Nicht nur scheint er den Einflußinteressen seiner Betreiber (Politiker, Verbandsfunktionäre u. a.) kaum weniger zu dienen als dem öffentlichen Wohl. Er wirkt zudem irgendwie ungerecht, ja widersinnig, seit die auf vollen Touren laufende Umverteilungsmaschinerie allen möglichen Gesellschaftsgruppen bis weit in die Mittelschichten hinein finanziell zugute kommt<sup>15</sup>, nicht aber mehr unbedingt den Bedürftigen. Schlimmer noch, neben der Arbeitslosigkeit (Kostenhöhe) und der Abhängigkeit der Hilfe -/Unterstützungsempfänger produziert der Umverteilungsstaat trotz wachsender Lasten für die Allgemeinheit<sup>16</sup> immer weniger Leistung. Das Heer der Armen, Benachteiligten, Modernitätsverlierer etc. nimmt trotz aller sozialpolitischen Sicherungen und Interventionen sprunghaft zu, und entsprechend wachsen Ausschließung, Frustration, Orientierungslosigkeit oder auch Anomie im Lande.

Wir haben es mit dem bekannten Wohltat-wird-Plage-Paradox der Sozialgeschichte zu tun. Offenbar kann nicht nur, wie seit längerem in England, eine hemmungslose „wealth accumulation“ (Anhäufung von Reichtümern) den Sozialverband strapazieren: Wohlfahrtsstaatliche Überlastungen haben den gleichen Effekt.<sup>17</sup> Die gesellschaftspolitische Vernunft muß, wie so oft, in der Mitte liegen. Wenngleich das Profitmotiv als sozialer Regelungsmechanismus kaum ausreichen kann<sup>18</sup> und darum Marktkontrollen erforderlich bleiben, so mag doch auf Arbeitnehmerseite zur Entlastung der öffentlichen Hände sowie auch zur Eindämmung des staatlichen Machtraumes mehr ökonomische Eigenverantwortlichkeit angeraten sein, nicht zuletzt mit Blick auf die Bewältigung der Härten und Risiken der Existenz. Wenn damit vielleicht das „Unternehmertum“ (Schumpeter)<sup>19</sup> als Risikomotor des Wirtschaftens bevorzugt wird, so wachsen damit aber auch proportional die Lohn- und Umverteilungschancen der Arbeitnehmer. Außerdem fördert die Vorstellung, Arbeit nicht (wie hierzulande) als Sozialbeziehung, sondern als Ware zu betrachten, neben Mobilität und Motivation zudem eine ego-nome Sozial-ethik. Mithin sind *rational choice* (vernünftiges Wahlhandeln) und *cura sui* (Selbstpflege) gefragt, wonach primär jeder einzelne für sich und die seinen eine den Lebensstandard betreffende Bilanz zu ziehen hat auch mit Blick auf Konsum, Vorsorge oder Risikokontrolle. Für Staat, Gesellschaft oder Kollekt-

15 Weswegen Steuerermäßigungen zwar populär sind. Umverteilungseinschränkungen gleichwohl den Wählerunwillen erregen, vgl. Peter Ridell. *Whichever way you slrce it*. Times vom 12. 8.1996, S. 16.

16 So erreichte die Sozialhilfe 1995 mit 52,1 Milliarden Mark Ausgaben (1990:31, 9) eine Rekordhöhe.

17 Nicht zuletzt darauf hat Max Webers Kritik der sozialpolitischen Romantik unserer Breiten unter Verweis auf den „weißen Sozialismus“ (Sombart) und damit auf das laboristische Selbstverwertungsverständnis (vgl. Richard Biernacki. *The Fabrication of Labor*, Berkeley/ Los Angeles 1995) beziehungsweise die Selbstverantwortungsnormalität amerikanischer Arbeitnehmer schon zu Anfang des Jahrhunderts aufmerksam machen wollen.

18 Schon weil es laut T. W. Arnold (*The Folklore of Capitalism*, New Haven u. a. 1938, S. 185ff.) nicht einmal die „freie Marktwirtschaft“ selbst erhalten kann.

19 Zu unterscheiden von einem dem „Peter-Prinzip“ verpflichteten Managertum, das die hiesige Wirtschaft ohnehin eher im Sinne einer Rückversicherungsmentalität prägt statt durch Risikobereitschaft.

tive sorgt er sich erst darüber hinaus. Das mindert zwar nicht das Anspruchsdenken, wohl aber die Erwartungshaltung, mithin auch die Abhängigkeit. Wirtschaftsphilosophisch entspricht dieses Selbstverwertungsmodell eher der Marktmoderne mit ihrer Angebotsdynamik als die von einem Rundumsozialversicherungssystem gepflegte Vorstellung von der Arbeit als „Dienst am Ganzen“ und einer entsprechenden Verantwortlichkeit kollektiver Zwangsinstitutionen für die Biographien der Zeitgenossen.

### Solidarität

Einfache, segmentär differenzierte Sozialgebilde sind geprägt von Zugehörigkeit. In ihnen besteht eine durch Verwandtschaft, Nachbarschaft oder symbolische Beziehungen entstandene Solidarität. Komplexe und damit modern-funktional differenzierte Organisationen hingegen werden zusammengehalten durch die arbeitsteilig vermittelte Kooperation. Während frühere Sozialgebilde mit Gemeinschaft/Mutualismus/Altruismus/Wirgefühle oder Mitleid assoziiert werden, so meinte Emile Durkheim schon 1893, hat die moderne Fabrikwelt mit Solidarität im wertgeladenen Sinne wenig zu tun. Bei aller weltanschaulich-gesellschaftspolitischen Unterschiedlichkeit in der jeweils zeitgenössischen Bewertung dieses Orientierungs- und Verhaltensprinzips ist ein Wechsel des historischen Begriffsphänomens vom Gemeinschaftlichen<sup>20</sup> zum Gesellschaftlichen<sup>21</sup> unverkennbar. Nicht Zusammengehörigkeit, sondern Arbeitsteilung („la repartition continue des divers travaux humains“) bedingt, wenn etwas, in der Neuzeit soziale „Solidarität“.<sup>22</sup> Derart hat Auguste Comte bereits im Vormärz argumentiert, als politische Unruhen infolge einer schweren Konjunkturkrise den Übergang zur staatlichen Dauerintervention in den gesellschaftlichen Effizienz- und Ordnungshaushalt erzwingen.

„Solidarität“ hat seitdem einen utilitären (Zusammenhalt), materiellen (Interessenrechtfertigung) beziehungsweise reziprozitären (Interdependenzverweis) Beigeschmack als Gruppen- sprich Organisationspflicht. Ursprünglich „gemeinschaftliche“ Bindungen<sup>23</sup> als mentaler Kitt verflüchtigten sich jedenfalls im öffentlichen Raum schon im 19. Jahrhundert. Im Laufe der Entfaltung der Marktära zersetzten alle Sozialbefindlichkeiten, selbst wenn „die“ Arbeiterbewegung weiterhin Schichtähnlichkeiten/Übervorteilungsstrukturen thematisierte und sich programmatisch auf eine entsprechende

---

20 „Solidarität äußert sich im Gefühl der Zusammengehörigkeit und im Willen zum Zusammenwirken... Die Solidarität (der Horde, Gruppe, des Stammes, des Volkes) ist ein wichtiger biologisch-sozialer und historischer Faktor, Handwörterbuch der Philosophie, hrsg. von Rudolf Eisler, Berlin<sup>2</sup>1922, S. 609.

21 „Sentiment de responsabilité entre plusieurs personnes ou plusieurs groupes. impliquant conscience et vouloir“, Alain Birou, Vocabulaire des Sciences sociales, Paris<sup>2</sup>1966, S. 323.

22 Denn es ist mit David & Julia Jan' (Dictionary of Sociology, Glasgow 1991, S. 594) nicht nur zu bezweifeln, ob soziale Solidarität „in more complex societies requires shared values, integrative ritual, etc.“, sondern ob die Moderne dieser selbst noch bedarf

23 An deren Stelle traten Ersatzgefühle (Nationalismus) oder andere Symbolwelten (Ethnie), die die wachsende Realdifferenz der Bevölkerung vor allem in Krisenzeiten zwar mühelos übervandten, aber selten Gemeinschaftlichkeit bildeten, vielmehr Zugehörigkeiten oder Unterordnung frei nach „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“ stifteten, die auf der unbewußten oder manipulativen Verwechslung von Ausnahme-Situation und Alltag beruhten.

Abgrenzungsemotionalität verließ. Aber auf Solidarität als „Zutraulichkeit“ (Plessner) war nur noch in Kleingruppen zu rechnen. Jedenfalls so lange, bis sich mit der Weiterindividualisierung sogar die Angehörigkeitsbindungen in der lebensweltlichen Mikrovergesellung (Scheidungsrate/Einzelhaushalte ff.)<sup>24</sup> aufzulösen begannen.

Als Berufungsinstanz für Verteilungspolitik ist Solidarität emotional darum nicht mehr vorauszusetzen, sie muß heute sozialetisch sowie organisationspolitisch vernünftig und damit funktional begründet werden. Sonst entsteht der Eindruck, auf Kosten anderer einseitig Solidarität einzufordern und damit zum Stamme Nimm zu gehören. „Gelöstschaft“ als Berührungsgewebe einander Fremder<sup>25</sup> kennt wohl immer noch die Caritas als private Spendengesinnung der „dispositio benevolentiae“ (Spinoza), von Solidarität als „letzter Norm des objektiven Rechts“, wie Ernst Bloch<sup>26</sup> sie verlangt hat, kann aber keine Rede mehr sein. Der entscheidende Beitrag der Sozialpolitik zur Entwicklung der Moderne, und die Solidarität der Schwachen war ihr entscheidender Machtfaktor, lag in der - entsprechend pro forma solidarisch begründeten - Anstrengung, „unter Bedingungen ökonomischer Knappheit relative Autonomie gegenüber ökonomischen Zwängen zu stiften“.<sup>27</sup> Aber die Distribution ist unter Weltmarktbedingungen nurmehr begrenzt von der Produktion abzukoppeln. Und wenngleich das Marktgeschehen keine Fatalität (Montesquieu) darstellt, entgeht das korrespondierende Sozialgeschehen keineswegs der Konkurrenzlogik der Knappheit.

Der Postmoderne gerät der Appell zum Teilen überdies zum Problem, da die Lebenssicherung zunehmend kollektiv organisiert worden ist. Knappheit ist außerdem relativ geworden und läßt sich hierzulande mit dem Elend, das die Sozialpolitik seinerzeit ins Leben rief, kaum noch vergleichen. Die unter Bedingungen absoluter Armut vielleicht gebotene Zwangsvorsorge wirkt daher inzwischen ebenso unzeitgemäß wie das Zitieren überständiger Gemeinsamkeitsformeln. Plausibilität haben (als „Solidarpakte“ verbrämte) weitere Kollektiwertpflichtungen nurmehr als Ethik oder „Einsicht in die Notwendigkeit“, nicht aber als Berufung auf Gemeinsamkeit/Fairness/Zusammenhalt etc., so schön das wäre. Akzeptabel sind sie dann, wenn gesamtgesellschaftliche Reziprozitätsüberlegungen beziehungsweise Kosten-Nutzen-Analysen erweisen, daß die „proportionierlichste Entwicklung“ (Humboldt) der eigenen Kräfte immer mit dem Gelingen des sozialen Umfeldes korrespondiert. Oder wenn die anomischen Folgekosten sozialpolitischer Deregulierungen höher sein können als alle damit einhergehenden

24 Als nach „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“ vorläufig letztes Entwicklungsstadium einer „Gelöstschaft“, wobei „Gefolgschaft“ (Faschismus bis 1945), „Genossenschaft“ (Kommunismus bis 1989) und heute „Fundamentalismus“ als antimoderne Interventionsversuche jene der Pluralisierung weichende „Gemeinschaftlichkeit“ zu fixieren versuch(t)en, jeweils um die ethnischen, betrieblichen beziehungsweise religiösen Verfallsrisiken der Wirtschaftsmoderne durch Politik (Zwang) oder Glauben (Unmündigkeit) zu bannen.

25 Marx (Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin (Ost) 1953, S. 76) spricht bereits 1857 nurmehr von einem „Zusammenhang der gegeneinander Gleichgültigen“.

26 Naturrecht und menschliche Würde (1961), Frankfurt/M. 1996, S. 252.

27 So zutreffend Georg Vobruba, Jenseits der sozialen Frage, Frankfurt/M. 1991, S. 156.



Einsparungen. Oder, oder, oder... Diese „Notwendigkeit der Einsicht“ in die soziale Abhängigkeits-Freizügigkeits-Bilanz stiftet zwar keine Gemeinschaft, und sie schafft keine gesamtgesellschaftlich greifbare „Zugehörigkeit“ mehr, die als Organisationsmotivation vorausgesetzt werden könnte. In einer Erwachsenengesellschaft, die ohne die „Kuhstallwärme der Gemeinschaft“ (Geiger) auskommen muß, in der also Solidarität durch Subsidiarität verdrängt wird, beginnt die Werteskala ohnedies mit Selbstverantwortung und Eigenvorsorge, führt über damit verbundene Obliegenheiten (Öffentlichkeitsbezug) hin zur Unterstützung für Hilfebedürftigkeit. Ist „Solidarität“ (vgl. „Programmwurf“, S. 2,5,9,12,22,23,29) solchermaßen nicht mehr die Regel/Ideologie/Utopie, die aus Gewohnheit/Illusion verfolgt werden kann, müßte solcher „Gemeindrang“, der „eilt, die Lücken zu verschließen“ (Faust, Vers 11572), für die Postmoderne als Norm erst überzeugend begründet werden, um auch dem Individualismus als zeitgemäße *conditio sine qua non* gelingender Vergesellung annehmbar zu erscheinen.

Es ist an der Zeit, eine neue Balance zwischen den vielfältigen Interessen der Arbeitskraftanbieter und der Logik der Rendite auszuhandeln. Denn zweckrational geht es heute darum, den Wohlfahrtsstaat weder „kaputt zu sparen“ (Dreßler) noch ihn „durch Übertreibungen zu gefährden“ (Schlecht). Beides könnte uns gleichermaßen als Kollektivgeschick wieder Sorgen an Stelle von Chancen bescheren. Von „Wohlstand für alle“, trotz erheblicher bestehender Sozialabstufungen immerhin eine Grundutopie der Marktmoderne, wäre dann keine Rede mehr.